



gen, zum Protest an das Reichsjustizministerium gefandt. Dasselbe hat die Berliner Gewerkschaftskommission getan.

Trotz dieser Einigkeit der Arbeiter aller Richtungen ist es gestern im Reichs- und Landtag zu Szenen gekommen, die im Gesamtinteresse des Proletariats überaus bedauerlich sind. Im Reichstag gab den Anlaß dazu ein Antrag der unabhängigen und kommunistischen Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der unheilbaren Zustände in den Strafanstalten. Trotzdem der Präsident Loebe geschickt einen geschäftsordnungsmäßigen Weg wies, auf dem eine Beratung dieses Antrages auch in der gestrigen Sitzung möglich war, äußerte der Führer der Rechtssozialisten, Hermann Müller, Bedenken. Sie erwiderten den Eindruck, als ob er und seine Fraktion nicht nur formell, sondern auch sachlich Gegner des Antrages seien. Stürmischen zwischen Rechtssozialisten einerseits, Kommunisten und Unabhängigen andererseits, waren die Folge. Wie leicht sie bei gutem Willen und Vorsicht zu vermeiden gewesen wären, zeigte sich, als niemand, selbst kein Anhänger der Rechtsparteien, der Beratung des Antrages zu widersprechen wagte. Sie wiederholten sich jedoch später in ungleich größerem Maße, als in die sachliche Beratung des Antrages eingetreten wurde. Der Reichsjustizminister Radbruch hielt eine Rede, die völlig frei war von Verständnis für die Stimmung der Arbeiterklasse und die Haltung der Gefangenen. Er, der früher als Abgeordneter so treffliche Worte für die psychologischen Wirkungen der Klassenjustiz auf die Massen gefunden hatte, verjagte als Minister vollständig in dem Augenblick, wo er die Schlussfolgerungen aus seinen früheren Feststellungen hätte treffen müssen und können. Er nahm einen rein formalistischen Standpunkt ein, anstatt die Geneigtheit zur Begnadigung in größtem Umfange zu versichern. So kam es, daß auch seine Rede, die wie später Hermann Müller erklärte, die Zustimmung der rechtssozialistischen Fraktion gefunden hat, heftige Tumulten auslöste.

Von den Rednern der unabhängigen und der kommunistischen Partei wurde dieses Verhalten auf das Schärfste geurteilt. Mit Recht. Denn es offenbarte sich in ihm ein Mangel an Solidaritätsgefühl, und ein Mangel an Klassenbewußtsein, das die Sache der Arbeiter auf das Schwerste zu schädigen geeignet ist. Denn es handelt sich bei dem Verlangen der Gefangenen in Lichtenburg nicht um ein Ausnahmeverfahren für Arbeiter, sondern um die Befreiung eines ihnen zugesagten Unrechtes. Gleiches Recht für alle hat es in der Monarchie so wenig gegeben wie es in der Republik zu verwirklichen gewesen ist. Weil aber die Reaktion ungefährdet tausende von Verbühten begehen kann, ist es ein Unrecht an der Arbeiterklasse, wenn man dieser Tatsache bei politischen Vergehen, die aus idealen Motiven begangen worden sind, nicht Rechnung trägt.

Das aber haben die Rechtssozialisten getan. Deshalb sind sie Helfer der Klassenjustiz geworden und mitschuldig an den Folgen, die sich daraus ergeben.

## Der Hungerstreik vor dem Landtag

### Stürmische Auftritte

Im Preussischen Landtag kam es gestern wegen des Hungerstreiks der Gefangenen in der Strafanstalt Lichtenburg zu stürmischen Auftritten. Die Kommunisten hatten im Keilschritt beantragt, im Plenum des Landtages zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen. Von rechtssozialistischer Seite wurde darauf der Vorschlag gemacht, einen interfraktionellen Ausschuss zu konstituieren, um die Vorgänge in Lichtenburg nachzuprüfen und zweckentsprechende Maßnahmen bei der Regierung erwirken zu lassen. Der kommunistische Abgeordnete Schulz erklärte sich mit diesem Vorschlag ausdrücklich einverstanden. Wider Erwarten beantragten dann die Kommunisten, als gegen 11 Uhr die Plenarsitzung begann, die Angelegenheit doch vor dem Plenum zu beraten. Es kam dieserhalb zu heftigen Auseinandersetzungen. Der kommunistische Vorschlag wurde abgelehnt und das Haus setzte die Staatsberatungen fort. Mittlerweile trat der interfraktionelle Ausschuss zusammen und beschäftigte sich etwa zwei Stunden hindurch mit der Angelegenheit des Hungerstreiks. Der Ausschuss stellte sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt, daß eine Haftentlassung der Streikenden nicht durchführbar sei. Soweit die Streikenden durch den Hunger erschöpft seien, sollten sie entweder im Krankenhaus oder in der Anstalt ärztlich behandelt werden. Im übrigen sei für die endgültige Regelung dieser Angelegenheit nicht die Landesregierung, sondern die Reichsregierung zuständig. Der Vertreter unserer Fraktion beantragte, die Angelegenheit im Plenum zu behandeln, die Kommunisten schlossen sich an, der Ausschuss lehnte jedoch diesen Vorschlag ab.

Im Plenum ergriff darauf bei der zweiten Beratung des Hausalters der Fortbewahrung der kommunistische Abgeordnete Kah die Geschäftsordnung das Wort und beantragte, den Bericht des interfraktionellen Ausschusses sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Der demokratische Abgeordnete Kiedel widersprach, worauf der kommunistische Abgeordnete Schulz das Wort ergriff und sich in einer provozierenden Rede drei Ordnungsrufe holte. Wir ersparen es uns, die gebrauchten Ausdrücke wiederzugeben. Die Rede des Abgeordneten Schulz löste im Hause einen ungeheuren Tumult aus. Als ihm der Präsident nach dem dritten Ordnungsruf das Wort entzogen hatte, sprach Schulz weiter. Mehrere kommunistische Abgeordnete drängten nach der Rednertribüne, um ihn vor etwaigen Angriffen zu schützen. Der volksparteiliche Abgeordnete Stendel machte sich über diese Szene lustig, worauf ihm Schulz zurief: „Du Schamloser Du!“ Stendel drehte dem Redner den Rücken zu, worauf Herr Schulz das Wasserglas ergriß und den Inhalt auf die nach ihm stehenden Abgeordneten ausschüttete. Betroffen wurde in der Hauptsache der Zentrumsabgeordnete Dr. Vorich, der Vizepräsident des Landtages. Der Tumult steigerte sich damit ins Maßlose. Kah entzieh dem Vizepräsidenten Dr. Garnich die Glocke. Von der Zuschauertribüne herunter wurden Drohungen gegen die Abgeordneten und Hochrufe auf die Revolution ausgestoßen, die von den Kommunisten im Stillsitzen lebhaft beantwortet wurden. Das Präsidium hatte mittlerweile den Platz geräumt, die Sitzung war damit geschlossen.

Zu diesen Vorgängen, die in der Geschichte des Preussischen Landtages nahezu ohne Beispiel sein dürften, ist zu bemerken, daß die Mehrheitsparteien des Hauses den Anlaß dazu gaben. Die Beratungen vor dem Plenum hätten ohne weiteres stattfinden können, denn der Hungerstreik der Gefangenen in Lichtenburg ist schließlich eine wichtigere Angelegenheit als das Schicksal der ostpreussischen Werde und des preussischen Waldbestandes. Es ist nicht das erste Mal, daß die bürgerlichen Parteien des Landtages, von den Rechtssozialisten sekundiert, Gewalttätigkeiten begehen und dadurch die Obstruktion geradezu herausfordern. Auf der anderen Seite müssen sich auch die Kommunisten darüber klar werden, daß durch ihr Gebahren den Gefangenen am allerwenigsten geholfen wird. Obstruktion in allen Ehren, aber das Wasserglas wird wohl kaum als parlamentarisches Kampfmittel angesehen werden können. Und noch viel weniger

die Fäuste, die ebenfalls in Bewegung gesetzt wurden. Das Vorgehen der Kommunisten kann nach außen hin sehr leicht den Anschein erwecken, als sei es ihnen nicht auf eine Erleichterung des Loses der Gefangenen, sondern vielmehr auf eine Demonstration angekommen. Diese Annahme wird durch die Tatsache erhärtet, daß die ganze kommunistische Zentralleitung während des ersten Zusammenstoßes auf der Zuschauertribüne Platz genommen hatte. Regie aber Zulass?

Die erste Folge der Zusammenstöße wird eine Verschärfung der Geschäftsordnung sein. Ein Beschluß darüber liegt schon vor. Die Kommunisten aber sollten sich endlich darüber klar geworden sein, daß Rechtsfragen Rechtsfragen sind, und daß die Anstaltsverwaltung nur erzwungen werden kann, wenn sie die ganze Arbeiterschaft fordert und sich mit allen Mitteln für sie einsetzt. Die Kommunisten haben es unterlassen sich im Landtag mit den anderen Fraktionen in Verbindung zu setzen, obwohl sie sich doch sagen müßten, daß ein gemeinsames Vorgehen in dieser äußerst wichtigen Frage bessere Wirkungen erzielt, als das blindwütige Drauflosstürmen, das letzten Endes nur der Reaktion dient.

## Der Zustand der Streikenden

Ueber die Verhältnisse in der Strafanstalt Lichtenburg berichtet eine bürgerliche Korrespondenz: Unter den Kommunisten, die in den Hungerstreik getreten sind, scheint eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen zu haben. Ein Teil der Leute wurde infolge übermäßiger Schwäche ins Lazarett überführt, da die überwachenden Ärzte Lebensgefahr für vorliegend erachteten. Den vereinten Bemühungen des Direktors der Anstalt, der Kommissare der Justizministerien und der Ärzte ist es gelungen, die ins Lazarett überführten Kommunisten zu veranlassen, freiwillig Nahrung zu sich zu nehmen. Der Zustand der Kranken gibt zu Beunruhigungen keinen Anlaß. Daß eine Anzahl von Kommunisten infolge des Hungerstreiks bereits dem Tode nahe sei, soll den Tatsachen nicht entsprechen.

Der Ausschuss des preussischen Landtages wird zwei Vertreter nach Lichtenburg entsenden. Der Untersuchungsausschuss des Reichstages wird sich bereits am heutigen Sonntag nach Lichtenburg begeben, um die Verhältnisse zu prüfen.

## Gegen die Verschärfung der Eisenbahn

### Groener gegen den Achtstundentag!

Gegen die Wünsche der Schwerindustriellen, die Eisenbahn zu übernehmen, wendet sich nun auch das Reichsverkehrsministerium in einer Denkschrift, zu der Minister Groener gestern Vertretern der Presse mündliche Erläuterungen gab.

Anstelle der erhofften Verzögerung des Defizits von 150 auf 6 Milliarden erfordert der Etat noch immer einen Zuschuß von 10,8 Milliarden. Die Hauptursache daran liegt in dem Ausbau während des Krieges, der unzulänglichen Anpassung der Tarife, der Selbstwertung und der schlechten Beschaffenheit der Kohle, die die Eisenbahn zwingt, auch Koks zu verwenden. Auch in anderen Ländern habe der Krieg die großen Defizite hervorgerufen, sogar in der neutralen Schweiz nicht weniger als 200 Millionen.

Zur Gesundung seien allerdings verbesserte Arbeitsmethoden nötig. Aber dieses sei schon geschehen. Der Personenverkehr würde sich wieder in voller Ordnung ab die Besserung des Güterverkehrs sei schwieriger durch die Veränderung der Grenzen, die eine völlige Umwälzung der Verjorgung nötig gemacht habe. Auch seien die Betriebskosten durch die Reparationskosten bedeutend erweitert.

Die jährlichen Ausgaben seien bedeutend höher gestiegen, als die Einnahmen. Ein weiterer Abbau sei schwierig, weil die Verwaltung nur geringen Einfluß darauf habe. Man wende dem Beschaffungswesen die größte Aufmerksamkeit zu, aber die geforderte Dezentralisation sei kaum möglich, da man großen geschlossenen Verbänden gegenüber stünde. Besonders schlimm seien die Kohlenverhältnisse. Während die Kohlenfrachten um das Dreifache gestiegen seien, hätten sich die Preise um das Zwanzigfache bis Sechszwanzigfache erhöht.

Das Personal würde nicht zu hoch sein. Aber die Verzögerung seiner Kopfsache sei notwendig und die Demobilisierungsbemühungen, die das verhindern, müsse befristet werden. Schon heute sei der Bestand um rund 50 000 Köpfe niedriger, als im Jahre 1919. Wichtig sei auch die Abschaffung des Achtstundentages. Der Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes sei fertiggestellt. Die notwendigste Voraussetzung der Gesundung sei eine bessere und reichere Anpassung der Tarife an die Teuerung. Das Verkehrsministerium glaube, wenn seine weiteren Ausgabensteigerungen eintreten, bis zum Jahre 1922 mit diesen Mitteln das Defizit befristet zu haben.

Man treibe eine Erhöhung der wirtschaftlichen Freiheit durch ein Eisenbahnfinanzgesetz an, das die Verwaltung entsprechend der Reichsverfassung von dem allgemeinen Haushalt trennen soll; überhaupt erstrebe man eine Trennung der Ministerialien von der Bezirksverwaltung. Auch ein Verwaltungsrat aus Männern der freien Wirtschaft solle geschaffen werden, dessen Zustandekommen jedoch von dem Entgegenkommen der Industriellen abhängen würde.

Das Reich sei erst seit anderthalb Jahren im Besitz der Bahnen. Dadurch sind schwierige organisatorische Arbeiten zu bewältigen gewesen. Man habe durchaus den Willen, die Verwaltung auf privatwirtschaftliche Grundlagen zu stellen und auf allen Gebieten die schärfste Kontrolle über die Selbstkosten durchzuführen. Eine Übernahme der Reichseisenbahnen durch Private sei aber in diesem Stadium ein allzu großes Geschäft, da alle Vorbereitungen zur Gesundung der Bahnen auch als Reichsunternehmen geschaffen seien.

Diese Auslassung des Reichsverkehrsministeriums ist nicht überholt, auch wenn im Augenblick die Industriellen ihren Angriff auf die Eisenbahnen zurückgestellt haben. Das Proletariat wird wachsam zu bleiben haben, um derartige Versuche auch für die Zukunft zu verhindern. Aber es muß von vornherein erklärt werden, daß eine Befristung des Achtstundentages eine Kriegserklärung an die gesamte Arbeiterschaft wäre, die zu allem anderen als zu einer Gesundung führen müßte. Die achtstündige Arbeitszeit ist eine Errungenschaft, die sich das Proletariat nicht rauben lassen wird, lediglich um ein Zugeständnis an die Kapitalisten zu machen, deren demagogische Forderung natürlich nur als Anfang gedacht ist.

## Die Erpfeffer bleiben fest

II. Berlin, 19. November.

Wie die „Telegraphen-Union“ zuverlässig hört, hält der Reichsverband der Deutschen Industrie an den Bedingungen, die es an die Gewährung einer Kredithilfe für das Reich in seinen in München und Berlin gehaltenen Versammlungen gefordert hat, in vollem Umfange fest. Unterlautende Pressenachrichten treffen nicht zu.

## Das Schreiben des Reichskanzlers

Der Reichskanzler hat der Reparationskommission vor ihrer Abreise das folgende Schreiben übergeben:

„Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es an und für sich nicht dem Sinne der Bestimmungen des Zahlungsplanes von London entspricht, zur Aufbringung der Jahresannuitäten zu dem Mittel des Kredits zu greifen. Sie ist aber, um einen Beweis ihres guten Willens zu geben, bereit, eine solche

Kreditoperation vorzunehmen. Für die Frage, unter welchen Bedingungen ein Kredit genommen werden würde, kommt es in erster Linie auf die Vorläufe desjenigen an, der das Geld herleihen soll. Die deutsche Regierung ist bereit und hat auch bereits Schritte getan, um sich einen Kredit zu verschaffen. Sie bittet die Reparationskommission, sie hierbei unterstützen zu wollen. Sie fühlt sich jedoch verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß für die Zeit der Rückzahlung des Kredits eine außerordentlich schwierige Lage mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reichs entstehen wird und sie erwartet von der Reparationskommission, daß sie dieser besonderen Lage Rechnung tragen wird.“

## Um die Dieselmotoren

### Eine Note der deutschen Regierung

Die Kontrollkommission von den Alliierten hat bekanntlich verlangt, daß die Firma Benz in Mannheim den Bau von drei schneekaufenden Dieselmotoren unterlasse, weil sie „Kriegsmaterial“ seien. Die deutsche Regierung hat nun der Botschafterkonferenz eine Note überreicht, in der sie die Forderungen der Kommission als nicht berechtigt ablehnt. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß die Dieselmotoren nicht als Kriegsmaterial bestimmt seien, sondern als Friedensmaschinen. Als solche seien Dieselmotoren auch schon früher gebaut worden. Auch aus rechtlichen Gründen sei die Kontrollkommission zu einem solchen Verlangen nicht berechtigt. Es heißt in der Note dann wörtlich:

„Sie (die Kontrollkommission) verhält das ihr einzig und allein zugewiesene Feld der Abrüstungskontrolle und unternimmt es, in die wirtschaftliche Betätigung und Entwicklung Deutschlands auf das empfindlichste einzugreifen. Sie will einen Produktionszweig der deutschen Industrie unterbinden, der weit in die Vorkriegszeit zurückreicht, der wohl, wie viele andere, während des Krieges vorwiegend in dessen Dienst gestellt worden ist, der aber keine natürliche Bedeutung auf dem Gebiet der Friedenswirtschaft hat und immer haben wird. Wie abwegig es ist, den schneekaufenden Dieselmotor ohne weiteres als typisches Kriegsgerät zu hiamatisieren, ist bereits in der Anlage der Note vom 27. Oktober 1920 dargelegt. Die dortigen Ausführungen werden in der hier beigefügten Anlage ergänzt; aus ihr mag auch entnommen werden, welche Tragweite für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Reparationsfähigkeit Deutschlands die Vernichtung eines so bedeutsamen und zukunftsreichen Gewerbezweiges haben würde.“

Hoffentlich wird nun die Entente von ihrem Verlangen Abstand nehmen.

## Die bayrischen Königsmacher

### Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 19. November.

Nach dreitägiger Debatte fand gestern in den späten Abendstunden die politische Aussprache im Landtage ihr Ende. Bemerkenswert war die starke Betonung des Föderalismus durch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Held, stellte neuerdings die Forderung nach dem Staatspräsidenten auf, von dem die Deutschnationalen verlangen, daß er eine überparteiliche Spitze der Staatsobrigkeit sein müßte und deshalb vom Volk zu wählen sei.

Held verteidigte die Schwierigkeiten der bayrischen Justizhoheit und fordert das Zweikammerparlament und bayrische Behördensphären in Sachien und Württemberg. Der Redner der U. S. P., Kieckich, brachte diese Forderung in Zusammenhang mit den separatistischen Plänen des Dr. Him, für deren Durchführung die sachlichen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Lebhafteste Auseinandersetzungen gab es wegen der Forderung des Niederösterreichers Schönfeld, Versehenfeld leugnete die brutale Behandlung der Festungssoldaten. Kieckich zeigte an Beispielen, wie der Minister von seinen Beamten falls informiert wird, und forderte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Hervorgehoben muß noch werden, daß die Regierung die Kundgebung des Erzprinzen Rupprecht nicht beanstandet und daß Abgeordneter Held erklärte, da der König nie auf seinen Thron verzichtet habe, sei es Pflicht des Kronprinzen gewesen, auf dem Rechte der Königsfamilie zu beharren. Die politische Debatte zeigte, daß die bayrische Reaktion jetzt schon beginnt, sich offen zu ihrem separatistischen und monarchistischen Ziele zu bekennen.

## Ausperrung in Kiel

Kiel, 19. November.

Die Arbeiterschaft der hiesigen Germania-Werft hatte vor einigen Tagen die Forderung auf eine einmalige Wirtschaftsbefreiung in Höhe eines durchschnittlichen Monatsverdienstes gestellt und dieserhalb vor dem Verwaltungsgebäude demonstriert. Auch die Arbeiter wurden teilweise verjagt. Die Direktion konnte dem Verlangen jedoch nicht entsprechen, da sie erst mit den anderen Werften und mit der Generaldirektion in Essen sich verständigen mußte. Die Arbeiterschaft hat daraufhin heute die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Die Direktion der Germania-Werft hat nunmehr die sofortige Entlassung der Gesamtarbeiterschaft ausgesprochen.

## Kleine Nachrichten

Die Auflösung der Hundertschaft z. B. U. An die Nachricht von der Auflösung der Hundertschaft z. B. U. ist von rechtsstehenden Wählern die Bemerkung geknüpft worden, daß sich der in der Hundertschaft untergeordneten Beamten ob der Auflösung eine beträchtliche Streppuna bemächtigt habe. Dazu erfahren die „B. P. A.“ an zuständiger Stelle, daß von einer Erregung der Beamenschaft der aufgelösten Hundertschaft z. B. U. keine Rede sei.

Opfer der Arbeit. Auf dem Güterbahnhof Engelsdorf bei Leipzig ereignete sich Sonnabend vormittag ein schwerer Unglücksfall. Eine Rangierlokomotive fuhr in eine Kolonne Streckenarbeiter hinein, von denen fünf von der Maschine erlitten und überfahren wurden. Drei Mann erlitten so schwere Verletzungen, daß sie kurz darauf verstarben. Die anderen Arbeiter wurden in schwerem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert. Der Unfall hat sich dadurch ereignet, daß der Rangierführer die Lokomotive die Kolonne der Arbeiter so einhüllte, daß sie das Herannahen der Rangierlokomotive nicht bemerken konnte.

3 835 000 Mark Geldstrafe. Zur Strafbühnung wurde in Hamburg der Kaufmann Walter Bogaß verhaftet, der durch den Hamburger Wuchergericht wegen verbotswidriger Einbuße und unerlaubten Handels zu drei Monaten Gefängnis, 3 835 000 Mark Geldstrafe, evtl. 12 Monate Gefängnis und weiterer 8000 Mark Geldstrafe. Hierfür soll zu weiterer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, außerdem erkannte das Gericht auf die Einbuße des übermäßigen Gewinns.

Ein Stadtratsmann gegen Otto Guttman. Gegen das frühere kommunistische Mitglied der Rätefraktion hat nunmehr der Untersuchungsrichter bei dem Reichsgericht einen Strafbefehl erlassen. Es schwebt gegen sie ein Verfahren wegen Hochverrats.

Wahlgewinner in Schmalkalden. Bei den durch die Auflösung der Stabsbezirksverordnetenversammlung durch die Regierung nötig gewordenen Neuwahlen ging die sozialistische Mehrheit verloren. Es wurden gewählt: 7 U. S. P., 8 K. P. D., 1 S. P. D. und 17 Bürgerliche.

# Die Klassenjustiz unter Anflage

## Deutscher Reichstag

Sonnabend, 19. November.

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Min. Erster Beratungsgegenstand ist der Bericht des Ausschusses über die auf Grund des Beschlusses des Unterausschusses des Wohnungsausschusses zu machenden Vorschläge.

Berichterstatter Bahr-Frankfurt (Dem.): Die Vorschläge zur Verbesserung der Wohnungsnot sind immer zu spät gekommen. Man verzögert die jährlichen Zuschüsse des Wohnungsbedarfs auf etwa 150.000. Es waren sich alle Parteien darüber einig, daß in großem Maße gebaut werden muß.

Der Reichstag verfährt gemäß den Vorschlägen des Ausschusses. Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderung des Berufungsgesetzes für Angehörige. In dem Gesetzentwurf, der von allen Parteien gemeinsam eingebracht worden ist, wird im wesentlichen bestimmt, denen, die durch die Geldwertung ein höheres als versicherungspflichtiges Einkommen beziehen und infolgedessen aus der Versicherung ausgeschlossen sind, durch Weiterversicherung die Vorteile der Versicherung zuteil werden zu lassen.

Abg. Siebel (S. P. D.): Es ist die höchste Zeit, Vorschriften über das Leben von Rentnern zu ändern. Die Entwidlung der Gehaltsverhältnisse hat die bisherigen Bestimmungen unhaltbar gemacht. Der Entwurf wird hierauf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss wird beantragt, die Unterstützung für Erwerbslose um durchschnittlich ein Drittel der bisherigen Unterstützungssätze zu erhöhen, resp. sie der Leistung und der Notlage der einzelnen Erwerbslosen anzupassen.

Reichsarbeitsminister Brauns erklärt, nach Rücksprache dahin wirken zu wollen, daß nach Annahme des Antrages entsprechend verfahren werde.

Der Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wird einstimmig angenommen. Ein Antrag, die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Buchta (U. S. P.) zu genehmigen, wird abgelehnt.

## Die Schande des Strafvollzugs

Bei der nun beginnenden Beratung des Gesetzentwurfs zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Geldstrafen und zur Einschränkung der Freiheitsstrafen beantragen Unabhängige, Kommunisten und Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, die in den Hungerstreik eingetretenen politischen Gefangenen in Lichtenburg der Zergewalt aus der Strafanstalt zu entlassen und im weiteren einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die unzulässigen Zustände in den Strafanstalten untersuchen soll.

Präsident Lohde will diesen Antrag nicht als Antrag zu dem Gesetzentwurf gelten lassen. Es kann nur beschlossen werden, daß er bei diesem Gegenstand mitsprachend zu werden soll.

Abg. Roenen (Komm.): Die Vorläufe in den deutschen Gefängnissen und Justizhäusern müssen bei dieser Gelegenheit mitbehandelt werden.

Abg. Müller-Franken (S. P. D.): Der Antrag kann materiell erst behandelt werden, wenn er geschäftsordnungsmäßig auf die Tagesordnung gesetzt ist. (Stürmische Zurufe gegen Müller; Zurufe von der Tribüne.) Präsident Lohde droht, die Zurufe vor der Tribüne entfernen zu lassen. Wolph Hoffmann ruft: Die Tribünenbesucher haben Steuern zu zahlen und das Maul zu halten! — Lohde vertritt sich solche Bemerkungen Hoffmanns.)

Abg. Rosenfeld (U. S. P.): Meine Freunde und ich haben den Wunsch, daß der Antrag jetzt mitgeteilt wird. Ich bedaure, daß der Abg. Müller sich auf den Suchstaben der Geschäftsordnung berufen hat. Angesichts der gemäßigten Forderung, die sich jetzt im Justizhaus in Lichtenburg abspielt, sind wir der Meinung, daß das besser unterbreitet wäre, sich hier an die Zwangsregeln der Geschäftsordnung zu klammern. Wir verlangen die Entlassung der politischen Gefangenen und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Abg. Ledebour (USP.): Meine Herren! Brauns hat auf der Rednertribüne gesagt, daß es sich nur um zwei oder drei Arbeiter handelt, was Sie zu diesen böshen Zurufen veranlaßt. Schämten Sie sich (Lohde: Brauns auf der Tribüne.) Ich richte einen leichten Appell an Müller und seine Freunde, sich nicht durch Geschäftsordnungsbedenken davon abhalten zu lassen, verhungerten Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Ich weise darauf hin, daß bei den Verhandlungen mit den Arbeitern diese erklärt haben,

für uns gibt es jetzt keine Partei.

In unseren Betrieben sind wir alle einig und entschlossen, unsere verhungerten Genossen zu Hilfe zu kommen. Der Mann sprach im Namen der Arbeiter. Wir fordern Sie daher auf, nicht durch Geschäftsordnungsbedenken zu verhindern zu versuchen, das einzige Mittel, das jetzt Hilfe bringen kann, anzuwenden. (Lärm bei den Rechtsradikalen. Stürmische Erwidernungen bei den Antragstellern.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Meine Fraktion hat heute morgen beschlossen, den Antrag sogleich zu unterstützen. Wer aber Sinn für Geschäftsordnung hat, muß den Präsidenten unterstützen. (Großer Lärm. — Heute ruft: Hier kommt das Klasseninteresse in Betracht.)

Abg. Ledebour (USP.): Da an sich immer noch die Bestimmung besteht, das Minister außerhalb der Tagesordnung gehört werden können, so gibt dieses Mittel in diesem Falle eine willkommene Gelegenheit, daß Minister Raddbruch Auskunft geben kann. Er wird das Wort ergreifen, nachdem die Geschäftsordnungsdebatte beendet ist. Ich bitte Sie daher, unsere Anträge mit dem gegenwärtig zur Beratung stehenden Tagesordnungspunkt zu verbinden und darüber jetzt abzustimmen.

Hierauf wird die Verbindung beschlossen.

## Abg. Rosenfeld (USP.):

Der Gesetzentwurf ist wenig inhaltsreich, so daß ich wirklich bedauern muß, daß er den Namen Raddbruch trägt. Ich bedaure, daß die keine Justizreform eine so geringfügige ist und die anderen immer noch nicht dem Hause vorliegen. Der Gesetzentwurf selber hat das eine Erstaunliche, daß er ermöglicht, bei zahlreichen Vergehen, gegen die jetzt auf Freiheitsstrafe erkannt werden muß, Geldstrafen zu verhängen. Wir haben aber die Befürchtung, daß diese Erleichterung vielleicht fast ausschließlich den besitzenden Klassen zugute kommen werden. Es sind Geldstrafen bis zu 50.000 Mark angedroht. Welcher Arbeiter wird in der Lage sein, falls er wegen Diebstahls verurteilt ist, an Stelle der Freiheitsstrafe die Geldstrafe aufzubringen? In dem Gesetzentwurf muß zum Ausdruck gebracht werden, daß die Geldstrafen sich nach dem Einkommen des Verurteilten richten.

Der Gesetzentwurf ist besonders deshalb zu begrüßen, weil er die bisherige Behandlung der politischen Gefangenen zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Die Notstände aus den Strafanstalten müssen uns dazu veranlassen, den Strafvollzug von Grund auf zu reformieren. Einzelne Gefängnisse sind zu wahren Mordkammern geworden. (Sehr wahr!) Die bayerische Regierung nimmt in der schamvollen Behandlung politischer Gefangener den ersten Rang ein. Die

## Klagen aus den bayerischen Gefängnissen

haben vor einiger Zeit hier im Reichstage einen Sprecher gefunden, in dem Herrn, der jetzt Vertreter der Reichsjustizpflege ist. Da ist es erklärlich, daß die bayerischen politischen Gefangenen voll Hoffnung waren, als Herr Raddbruch zum Reichsjustizminister ernannt worden war. Sie haben erwartet, daß der Reichsjustizminister Raddbruch glücklich das verwickelte Mischwesen des Reichsstaatsabgeordneten Raddbruch gefordert hat. Aber was der Reichsstaatsabgeordnete Raddbruch gefordert hat, über die Erwartungen sind bisher nicht erfüllt worden. Ich lese, daß der Justizminister mit Bescheidenheit Unterhandlungen gehabt hat. Ich möchte wissen, ob der Reichsjustizminister Raddbruch wiederholt hat, was der Reichsstaatsabgeordnete Raddbruch hier ausführte und ich möchte wissen, was Raddbruch geantwortet hat. Denken Sie an die Behandlung des Richters Ernst Toller, dem man

nicht einmal die Genehmigung gegeben hat, der Exekution eines seiner Stiefsöhne beizuwohnen, den man wegen einer durchaus berechtigten Beschwerde über Verweigerung der Abwendung einer Verurteilung gegen Pressenführungen, die ihm in der öffentlichen Meinung herabsetzten, in Einzelhaft mit Kost- und Beheizung brachte. Was gedenken Sie, Herr Justizminister zu tun, diese Zustände zu beseitigen? Ein anderer Beschwerdeführer, der auch in Einzelhaft gebracht wurde, hat, um der Qual zu entgehen, sich die Pulsadern aufgeschnitten. Er ist zwar geteilt worden. Kranken Gefangenen wird ärztliche Hilfe verweigert. Ist es da übertrieben, von einer Holsterkammer Schlimmster Art zu sprechen?

Gegenwärtig konzentriert sich das Interesse auf die ebenbürtigen

## Zustände in Lichtenburg.

Diese Zustände sind eine Schande unserer Republik. (Sehr richtig!) Sie müssen endlich beseitigt werden. Hinter der Forderung der Freilassung stellen sich die Arbeiterparteien aller Richtungen. Sie verlangen die Freilassung jener Männer, die wegen politischer Vergehen in den Gefängnissen schmachten. (Sehr wahr!) Man hat es sonst für selbstverständlich gehalten, wenn eine Regierung ihr Amt antritt, daß denjenigen Amnestie gewährt wird, die wegen politischer Vergehen ins Gefängnis kamen. Die gegenwärtige Regierung hat diese selbstverständliche Pflicht nicht erfüllt. Wir verlangen daher nunmehr endlich, dem Schrei nach Freilassung aus den Gefängnissen zu entsprechen. Die Angehörigen der Gefangenen wären längst verhungert, wenn die Arbeiterkraft sich nicht hinter deren Frauen und Kinder schützend gestellt hätte. Wenn von der Arbeiterkraft nicht Opfer für die Angehörigen aufgebracht worden wären. Länger läßt sich diese Schmach nicht mehr anstreichen. Was wird die Regierung tun? Sie hat einen Vertrauensmann nach Raumburg entsandt. Der Raumburger Staatsanwalt hat ihn schnell eingewickelt! Dieser Staatsanwalt ist ein Kappist, also ein Mann, der selbst ins Justizhaus gehört. Er zeichnet sich jetzt dadurch aus, daß in seinem Bezirk allerhöchste Klassenjustiz geübt wird. Dieser Mann mußte ausgeschickt werden als Angeklagter, als verantwortlich für die Zustände. Hiermit geht auch im Einklang, daß bereits Polizei auf dem Wege ist, um mit Gewaltmaßnahmen die Bewegung der Arbeiter zugunsten der Gefangenen zu unterdrücken.

Vertreter der großen Berliner Betriebe sind hier im Reichstag. Sie haben uns gesagt, die Berliner Arbeiter würden in den Streik eintreten, wenn nicht endlich in den Gefängnissen Remedur eintrete. Hinter diesem Streik stehen die politischen Parteien aller Richtungen. Wir stehen also vor einer höchst kritischen Situation. Bedenken Sie, wieviel Pulver sich sonst schon angehäuft hat. Wir stehen geradezu auf einem Pulverschloß. Bedenken Sie, mit welchen Gefahren ein rigoroses Vorgehen verknüpft ist. Wenn der Reichstag sagt, die Arbeiterkraft wird nicht verurteilt. Aus den Gefängnissen schallt uns der Ruf entgegen: Freiheit oder Tod! Die Arbeiterkraft wird, wenn die politischen Parteien rufen, nicht verurteilt. (Lohde: Beifall bei den U. S.)

Abg. Roenen (Komm.): Die wirkliche proletarische Solidarität zeigt sich darin, daß heute schon 150 Mann in den Hungerstreik eingetreten sind. Selbst die Bazarzelleninsassen und die Gefangenen, die zu Gefängnisstrafen „begnadigt“ wurden, sind in den Hungerstreik eingetreten. Der Justizminister aber sagt, bis zum 1. April werden alle Fälle nachgeprüft werden, ob Begnadigung gewährt wird. Bei dieser Behandlung der Angelegenheit werden nicht nur Hunderte, sondern Tausende verhungern.

Reichsjustizminister Raddbruch: Ich bin entzogen der Meinung des Abg. Rosenfeld sich dazu, meinen Namen unter diesen Gesetzentwurf setzen zu dürfen. Er bringt praktisch die Abschaffung der Freiheitsstrafe, er ermöglicht die Abarbeitung der Geldstrafen. Eine Fülle von Segen wird sich aus diesem Gesetzentwurf ergeben. (Heißer Widerspruch links.) Wenn ich auf die einzelnen Ausführungen des Abg. Rosenfeld und Roenen nicht eingehen, so wird mir das hoffentlich nicht als Zustimmung gedeutet werden. Rosenfeld nimmt an, daß ich seit Übernahme des Ministerpostens Riederhörsen vergessen habe. Er ist nicht darüber unterrichtet, daß ich das Recht der Reichsjustiz nicht machen werde, in welcher Weise, das muß ich mir vorbehalten. Ebenso wird er mir vor, ich hätte in der Frage der Amnestie als Abgeordneter einen anderen Standpunkt eingenommen. Ich habe gesagt, daß eine Amnestie in Bayern durch das Reich von Rechts wegen zulässig, aber

## aus politischen Gründen nicht ratsam

sei. Daran halte ich fest. Was den Hungerstreik in Lichtenburg betrifft, so ist er eine heroische Tat, aber er ist eine Leiche. Entweder kann er eine Verweilungsstat darstellen oder eine Demonstration. Ich verneine die Gründe, die zu einer solchen Verweilungsstat führen könnten, das war nicht nur die Not der Angehörigen der Gefangenen, sondern auch die Not der Richtungsfrage. Ich will keine Schulfragen aufwerfen, nur Tatsachen feststellen und zwar die Tatsache, daß viele Morde ungesühnt sind, die vor rechts nach links ausgeführt wurden. (Stürmischer Tumult rechts.) In den privaten Besprechungen mit den Kommunisten wurde der Hungerstreik sogleich als Verweilungsstat, den ich aus dieser Not heraus verstehen kann, gewürdigt, demgegenüber die Kommunisten die Verpflichtung hätten, abzurufen und zu mildern. Teils ist das geschehen; aber die „rote Fahne“ führt eine andere Sprache und auch von der Tribüne aus wurden heute nur Worte der Verherrlichung dieser Tat laut. Von den Rednern wurde der Streik nicht als Verweilungsstat, sondern als Demonstration gewürdigt. Wogegen nun eine solche Demonstration? (Stürm. Zurufe links.) Ich bedauere nicht hinter dieser Demonstration zurückzuweichen. (Stürm. Zurufe links.) Es ist nicht wahr, daß die Schups herangezogen ist, um gegen die Streikenden vorzugehen. Eine Strafaussetzung wird nicht erfolgen, auch durch den Hungerstreik lassen wir uns zu ihr nicht zwingen. (Stürm. Zurufe links.) Der Kommissar des Justizministeriums ist beauftragt, die Gefangenen zu erlösen.

## Gnadengesuche einzureichen.

Vom 1. April 1922 ab wird regelmäßig eine Neuprüfung der Gesuche eintreten. Ich werde häufiger vorkommen, Justizhausstrafen in Gefängnis- oder Festungshaft zu verwandeln. Ich bin mir bewußt, daß auch unter den von mir erledigten Gnadengesuchen mancher Fehler nicht geblieben ist. Das Gnadungsverfahren ist das schlechteste juristische Verfahren, denn es richtet sich nicht nach dem Menschen, sondern nach Akten. Durch den Hungerstreik soll die am 4. August 1921 abgelehnte Amnestie erzwungen werden. Sie schreit mir auch heute noch nicht möglich. Amnestien sind Kelleckene am Wege der Revolution. Solange Sie (nach links) aber nicht auf das Mittel der Gewalt verzichten, haben Sie nicht das Recht, Amnestien zu verlangen. (Stürmische Zurufe. Großer Lärm.)

Abg. Rosenfeld (U. S. P.): Wenn ich mein Urteil über die Ausführungen des Ministers fassen soll, so muß ich sagen, ich bin geradezu erschüttert davon, daß ein sozialdemokratischer Justizminister eine solche Rede halten kann. Dies wird von der Arbeiterkraft gewertet werden als ein Beitrag zur Verurteilung einer bürgerlich-sozialistischen Koalitionregierung. (Zuruf rechts: Und Ihre Tätigkeit als Justizminister?) Sie werden beim besten Willen mit keinem Fall aus der Zeit meiner Tätigkeit nachweisen können, wo ich anders gehandelt habe, als im Sinne der Arbeiter. Daß der Minister den Hungerstreik als heroische Tat bezeichnen hat, wird ihm die Arbeiterkraft nicht vergessen, solange er in der Öffentlichkeit steht. Wir werden den Kampf um das Recht nicht abgeben, bis es erreicht ist und die Gefangenen befreit sind. (Lohde: Beifall bei den U. S.)

Reichsjustizminister Raddbruch: Ich halte den Ausführungen des Abg. Rosenfeld entgegen, daß die Sowjetregierung eine Amnestie erlassen hat, die sich jedoch nur auf die erstreckt, die ihre Anschläge gegenüber der Sowjetregierung einstellten. Die die ihre Anschläge gegenüber der Sowjetregierung einstellten. Die „rote Fahne“ schreibt dazu: „Sollen sie ihren Feinden das Spiel

erleichtern?“ Sollen wir unseren offenen Feinden das Spiel erleichtern? (Stürmische Zurufe links: Die Arbeiter sind Ihre Feinde? Zurufe. Minutenlanges Tumult.)

Abg. Ledebour (Komm. Arb.) protestiert entrüstet gegen die Ausführungen des Justizministers

Abg. Roenen (Komm.): Ich muß dem Hause die Mitteilung machen, daß die hier anwesenden Vertreter der Arbeiter zum Reichstag verlassen haben nach der Rede des Justizministers. Sie versichern darauf, mit ihm noch irgendwelche Verhandlungen zu pflegen. (Zuruf des Abg. Ledebour (Soz.): Organisiertes Schwindel! Gegenrufe links.) Raddbruch ist der typische Stinnesminister. (Große Heiterkeit.)

## Abg. Ledebour (USP.):

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß in dieser erregten Debatte sämtliche Parteien von rechts bis zu den Sozialdemokraten auf das Wort verzichtet haben, weil sie sich alle durch den Herrn Justizminister genügend vertreten lassen. (Lohde: Zustimmung links.) Das ist eine Tatsache von hoher Bedeutung für die Arbeiterklasse. Mit der Verächtlichkeit des Justizministers bezüglich der bayerischen Amnestie hat er nur vollkommen bestätigt, was Rosenfeld gegen ihn anführte, nämlich, daß er in Bezug auf die Erledigung einer Rechtsfrage ausschließlich sich von politischen Erwägungen leiten ließ. Wir haben der Regierung insgeheim das Vertrauen ausgesprochen, daß sie eine bestimmte politische Aufgabe lösen wird, aber wir haben uns politische Handlungsfreiheit vorbehalten für die Billigung anderer politischer Handlungen der Regierung. Der Minister hat die Ablehnung einer Amnestie mit der Sowjet-Amnestie rechtfertigen wollen. Damit macht er die Sowjetregierung zum maßgebenden Stellen für die deutsche Reichsregierung. Wir müssen diese Erklärung der Sowjetregierung, wie wir überhaupt die terroristische Politik verurteilen, die der Sowjetregierung so wohl wie die Ihre Herr Reichsjustizminister. Was durch einen Zuruf des Volkspräsidenten Raddbruch als organisierter Schwindel bezeichnet wurde, nämlich die Stellungnahme gegen die Rede des Ministers und für die Gefangenen, ist das Lustspiel der gesamten Berliner Arbeiterkraft zugunsten der verhungerten Arbeiter. Sie werden dafür sorgen, daß endlich der Forderung nach einem Erlaß einer Amnestie der politischen Gefangenen stattgegeben wird. (Lohde: Beifall bei den U. S.)

Abg. Müller-Franken (S. P. D.): Solange die Unabhängigen nicht mit in die Regierung eintreten, haben sie nicht das Recht, über unsere Koalitionspolitik zu sprechen, denn durch ihre Taktik zwingen sie uns zu einer solchen Politik. Wir werden unseren Parteimitgliedern klar machen, was wir getan haben. Die Wahlen werden ja ergeben, bei wem das Recht steht.

## Abg. Crispian (USP.):

Der Abg. Müller bezweckt mit seiner Rede, die durch die Ausführungen des Ministers erregten Gemüter der Arbeiter zu beruhigen. Selbst diese Erklärung ist für den Vertreter einer proletarischen Partei geradezu beschämend. Die Rechtsradikalen haben kein Empfinden dafür, daß ein Vertrauen der Arbeiter auf Gnade ein Schimpf ist für Klassenkämpfer. Klassenkämpfer spielen auf die Gnade. Müller hat gesagt, daß man bei den Wahlen stehen werde, welche Partei am meisten Ansehen gefunden habe. Wir lehnen ab, mit solchen Argumenten zu operieren, so Stimmungen zu machen und so auf die Wahl zu beeinflussen.

Wir täuschen uns nicht darüber, daß die letzten Wahlen das Resultat politischer Fälschungen sind. Wir werden für die Arbeiter immer eintreten, auch dann, wenn es im Augenblick ungünstig ist. In der Regierungsfrage hatten wir an den Grundlagen fest, die die Sozialdemokraten bis zum Kriege vertreten haben, in eine Regierung mit bürgerlichen nicht einzutreten. Der schäbige Anteil an Regierungsgewalt in einer Koalition ist doch nur ein Handen zugunsten der Bürgerlichen. Und wer ist in diesem Kabinett der Verantwortliche? Der Minister Gehele, politisch eine erbarmungswürdige Jammergestalt. (Ordnungsruf des Volkspräsidenten.) Her mes, mit Recht als Unterrichtsminister gestempelt, und dann Raddbruch! Und wenn wir ihn anbauen, dann müssen wir uns sagen, daß die Arbeiter auf diese Regierung keine Hoffnungen zu setzen haben. Zusammengefaßt ergibt sich der vollkommenste Bankrott der rechtsradikalistischen Politik. Wir beharren uns dafür, uns in diesen Bankrott mit hineinziehen zu lassen. Die in den Gefängnissen schmachtenden politischen Gefangenen betrachten wir nicht als Verbrecher, sondern als Helden, die ihr alles für den Kampf um die Befreiung der Arbeiter eingesetzt haben. Sie sind Opfer der klassenstaatlichen Macht ausübung. Und da haben wir gar nicht zu prüfen, ob der eine oder der andere eine Tat begangen hat, die auch ohne Klassenjustiz als strafwürdig zu betrachten ist. Den Opfern der Klassenjustiz erklären wir unsere uneingeschränkte Solidarität und treten für sie mit allen Kräften ein. (Lohde: rechts.) Die Gefangenen und ihre Angehörigen sind dem Hunger überliefert. (Rufe rechts: Hul! hul!) Dieses Verhalten kennzeichnet nur Ihre Rebellion. (Großer Lärm und Gegenlärm und unzählige Zwischenrufe auf allen Seiten des Hauses, wobei die nächsten Vorführungen des Redners verloren gehen.) Die Arbeiter sind sich sehr klar, wie sie es einzuschlagen hat und werden danach ihre Entscheidungen treffen. (Lohde: Bravo auf der Tribüne.)

Nach einer kurzen Bemerkung von Haas (Dem.) erfolgt die Abstimmung. Die Vorlage wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Da der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von den vier sozialistischen Fraktionen eingebracht ist, die insgesamt über 194 Mandate verfügen, ist der Antrag nach den Bestimmungen der Verfassung angenommen. Der Vorsitz fällt dem Zentrum, der stellvertretende Vorsitz den Sozialnationalen zu. Der Antrag auf sofortige Haftentlassung der politischen Gefangenen wird gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

Abg. Ledebour (U. S. P.) fordert, daß der Untersuchungsausschuß sofort zusammentritt, da er sonst gar keinen Zweck habe.

Hierauf gelangt die Intervention der Kommunisten, betreffend das Verbot des Landens russischer Schiffe zur Beratung, die von Meißner (Komm.) begründet wird.

Abg. Ledebour (U. S. P.) beantragt die Besprechung der Intervention.

Abg. Schäfer (Soz.): Wenn politische Mißgriffe gemacht sind, so mißbilligen wir sie mit aller Schärfe.

Abg. Horn (U. S. P.): Ganz so, wie es der Innenminister darstellt, liegen die Dinge nicht. Die Abmachungen mit der Sowjetregierung sind nicht in allen Teilen eingehalten worden. Die russische Regierung hat nicht verlangt, daß die russischen Schiffe als Staatschiffe behandelt werden. Sie fordern nur, daß man sie wie die Handelschiffe der übrigen Staaten behandelt. Beim Auslaufen des Handelsverkehrs mit Rußland gewinnen beide Länder. Der Handelsverkehr aber wird in keinem Ausmaß gehindert durch politische Schiffe, wie sie in der Tat geübt worden sind. Wir erwarten von der Regierung, daß sie alles daran setzt, damit die Verwaltungsbehörden auch ihren Pflichten folgen und die Regierung selbst sich nicht von kleinlichen Gesichtspunkten leiten läßt. (Beifall bei den U. S.)

Nach einem kurzen Schlusswort Herr (Komm.) schlägt der Präsident vor, die Sitzung zu schließen und bittet, ihm Vollmacht zu erteilen, die nächste Sitzung in der Woche vom 4. bis 10. Dezember einzuberufen, ebenso die Tagesordnung zu bestimmen.

Abg. Ledebour (U. S. P.) wünscht, daß im weiteren auch der Bericht des Untersuchungsausschusses sofort auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Der Präsident verspricht, dem Wunsch nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauschuk**  
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen a. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Inzurspreiß.  
100% Prototypaufschlag.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.**



# Dieser Mann

*der Tabakweise Ibrahim Libowitz, dessen Wiege im Orient-am Schwarzen Meer-gestanden hat, der aufgewachsen ist in den Tabakfeldern Mazedoniens und als einer der ältesten Kenner morgenländischer Tabaksverhältnisse angesprochen werden darf,*

**ist der Vater der guten Massary-Zigarette.**

*Sprössling eines alten, mit der Herstellung türkischer Zigaretten verwachsenen Geschlechts, hat er die ihm überlieferten Geheimnisse und Erfahrungen in den Dienst unserer Marken gestellt, ihnen gleichsam eine Seele gegeben-jene vollendete Würze und Reife die eben nur der guten MASSARY-Zigarette eigen ist.*

**Urteilen Sie selbst!**

**Massary**  
Classe 50.8  
Caid 60.8  
Roal 70.8

Der Bürgerblock im Rathaus

Einige wichtige Lehren

Von Wilhelm Dittmann

In der ersten Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung für Groß-Berlin trat bei der Vorberichterstattung der Bürgerblock von Koch bis Dove sofort in Aktion. Bereits die schwache Mehrheit von drei Stimmen, bei einer Gesamtzahl von 225 Stadtverordneten, hat bei den bürgerlichen Parteien das Nachbewußtsein brutal hervortreten lassen. Auf ihre „Mehrheit“ pochend, besetzten sie den Vorberichterposten mit einem der ihrigen. Damit haben sie dem Proletariat einen vorzüglichen Anschauungsunterricht erteilt über das starke Klassenbewußtsein, das sie alle, trotz ihrer Parteigegensätze, verbindet und einmütig gegen das ganze Proletariat.

Diese Lehre sollte besonders von den im Lager der Rechtssozialisten stehenden Arbeitern beherzigt werden. Die Berliner Parteivorstände der Franz Krüger hat alle seine Regierkrisen spielen lassen, um seine Parteioffiziere für eine Zusammenarbeit mit der großkapitalistischen Volkspartei zu gewinnen. Gefügt auf das parlamentarische Recht der stärksten Fraktion präsentieren dann die Rechtssozialisten diesen Krüger den bürgerlichen Parteien als Kandidaten für den Posten des Stadtverordnetenvorsitzers. Und was geschieht? Ausgerechnet die von Krüger so heiß umworbenen Stimmgenossen stellen ihm einen Gegenkandidaten gegenüber, einigt alle bürgerlichen Fraktionen gegen ihn und bringt ihn bei der Wahl zu Fall. Werden die Rechtssozialisten aus dieser Ohnmacht, die ihnen das gesamte Bürgertum verabsolgt hat, endlich die Erkenntnis schöpfen, daß die bürgerlichen Parteien nur so lange bereit sind, mit ihnen gemeinsam Koalitionspolitik zu treiben, als sie sich zu schwach fühlen zu einer Machtpolitik?

Der durch die bisherige sozialistische Mehrheit im Berliner Stadtverordnetenkollegium zurückgebämmte Machtwille des Bürgertums brach sofort elementar hervor, sobald durch die Neuwahlen eine schwache bürgerliche Mehrheit vorhanden war. In allen Parlamenten erfolgt die Besetzung des Präsidiums nach der Stärke der Parteien. Der Reichstag und der preussische Landtag, die beide ebenfalls bürgerliche Mehrheiten haben, besitzen trotzdem sozialdemokratische Präsidenten, weil die sozialdemokratischen Fraktionen dort die stärksten sind. Eine Abweichung von dieser Regel, wie sie z. B. in der Nationalversammlung eintrat, als der Sozialdemokrat Dr. David zum Präsidentenamt zurücktrat, um dem Zentrumsmann Fehrenbach Platz zu machen, ist immer nur das Resultat vorheriger Bestätigung gewesen. Im Rathaus aber hat man das Recht der stärksten Fraktion sowieso mißachtet, sobald man die Macht dazu bekam.

Allerdings hat die rechtssozialistische Rathausfraktion den bürgerlichen Parteien ihre Absicht sehr erleichtert dadurch, daß sie alle Inkompatibilitäten, jene unauflösbaren, mehr gefühlsmäßigen Erwägungen und Rücksichten außer acht ließ, die man auch in der Politik nicht ungefragt mit Füßen treten darf. Es war schon eine nicht zu billigende Verletzung der einfachsten kollegialen Umgangsformen, daß die rechtssozialistische Rathausfraktion ohne jede Rücksichtnahme mit allen anderen Rathausfraktionen einfach beschloß, Herrn Krüger zum Vorberichter zu präsentieren und diesen Beschluß lediglich durch die Presse den anderen Fraktionen mitteilte. Dadurch haben die Rechtssozialisten den bürgerlichen Parteien den Vorwand geliefert, hinter dem sie ihr aus kapitalistischem Klassen- und Machtbewußtsein entsprungenes Verhalten zu verbergen versuchen können.

Eine besondere Rücksichtslosigkeit aber gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und gegen die Kommunisten im Berliner Rathaus liegt seitens der Rechtssozialisten noch darin, daß sie ausgerechnet Franz Krüger als Kandidaten präsentiert haben. Das beweist einen absoluten Mangel an psychologischer Einstellung auf die Linke im Rathaus, während man offenbar geglaubt hatte, der Rechten in Krüger einen ihr besonders angenehmen Kandidaten zu präsentieren.

Bei den unabhängigen und den kommunistischen Arbeitern Berlins gilt Krüger als Typ des kleinlich-gehabigen sozialdemokratischen Parteibürokraten, dem jedes proletarische Empfinden verlorengegangen ist. Sein Eintreten für den Stinnes-Block und gegen die proletarische Einheitsfront hat die gegen ihn herrschende Antipathie erst jüngst verschärft und verstärkt. Er gilt als der böse Geist in der rechtssozialistischen Parteioffiziersorganisation bis weit

in deren eigene Reihen hinein. Seine Präsentation mußte auf Unabhängige und Kommunisten im Rathaus wie eine Provokation wirken und die Gefahr der Stimmenabspaltung bei diesen Fraktionen herausbeschwören. Die Rechtssozialisten wissen so gut wie wir, daß auch der Fraktionszwang eine Grenze hat und daß deshalb demjenigen Abgeordneten freigestellt bleiben muß, einer Abstimmung fernzubleiben, der ein positives Eintreten für einen Fraktionsbeschluß nicht mit seinem Gewissen vereinbaren zu können glaubt. Sie mühten deshalb wissen, daß auf die Person Krüger nicht alle unabhängigen und kommunistischen Stimmen zu vereinigen waren und hätten daher einen Kandidaten präsentieren müssen, dem sämtliche Stimmen aller drei sozialistischen Parteien sicher waren.

Gerade ich, der ich in der Rathausfraktion der U. S. P. dafür eingetreten bin, das Recht der stärksten Fraktion, trotz der Präsentation Krügers anzuerkennen und der ich diesen Beschluß im Plenum der Stadtverordnetenversammlung vertreten habe, fühle mich verpflichtet, die jetzt vom „Vorwärts“ erhobenen Vorwürfe gegen diejenigen meiner Fraktionskollegen zurückzuweisen, die aus Gewissensbedenken bei der Wahl den Saal verlassen haben. Das war ihr gutes Recht von dem z. B. im Reichstage bei der Abstimmung über die Kriegskredite unmittelbar vor der Fraktionsabspaltung nicht weniger als 44 von 110 sozialdemokratischen Abgeordneten Gebrauch gemacht haben. Diese Stimmenabspaltung ist eine Folge der unglückseligen Personalauswahl durch die rechtssozialistische Rathausfraktion. Andere Fraktion hat der rechtssozialistischen Fraktion schon eine Woche vor dem Wahltag schriftlich ihre Bedenken gegen die Präsentation Krügers mitgeteilt, so daß Zeit genug gewesen wäre, zu einem Wechsel in der Kandidatur. Glaubten die Rechtssozialisten unsere Vorstellungen unbeachtet lassen zu müssen, so brauchen sie sich jetzt nicht zu wundern und zu beschweren über die Folgen ihrer verfehlten Taktik. Sie täten deshalb klüger, das persönliche Kapitel Krüger zu schließen und sich lediglich den eingangs dieses Artikels dargelegten allgemeinen politischen Konsequenzen zuzuwenden, die durch die Machtpolitik des Bürgerblocks im Rathaus für das gesamte sozialistische Proletariat sich ergeben müssen.

Auf wie schwachen Füßen übrigens die bürgerliche Mehrheit im Rathaus steht, hat sich ja bereits bei der Wahl des ersten Vorberichterstellers gezeigt. Die berühmte Mehrheit hatte sich schon innerhalb einer Stunde verflüchtigt. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von nur 111 dieser tapferen Kämpen, während zur Beschlussfähigkeit 113 Stadtverordnete gehören. Deshalb lag die ganze Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit auf. Die Arbeitsunfähigkeit des machtbewußten Bürgerblocks war damit sofort vor aller Öffentlichkeit festgelegt. Beharrt er auf seinem Machtstandpunkt, so wird er ein Fiasko über das andere erleben können, wenn nur die drei sozialistischen Parteien ihm mit derselben Einmütigkeit entgegenzutreten, als es in der letzten Sitzung geschah. Dann wird der Bürgerblock gar bald zum Rindergespött werden.

Der Gegen der freien Wirtschaft

Brot 10 Mark, Schrippen 50 Pfennig

Der Zweverband der Bäckermeister Groß-Berlins, die Vereinigung der Brotsabrikanten und die freie Vereinigung der Bäckermeister erläßt folgende Kundgebung:

Die katastrophal andauernde Steigerung der Mehlpreise erfüllt das Groß-Berliner Bäckerergewerbe mit schwerer Sorge. Unsere Bemühungen nach Eintritt der halbfreien Getreidewirtschaft allen Kreisen des Volkes nach langer Entbehrung ein gutes, gesundes, marktfreies Gebäck zu angemessenem Preise zu stellen, werden mehr und mehr in Frage gestellt. Die Aufwahrung der Gebäckerpreise an die Mehlpreise ist stets so erfolgt, daß ein gutes preiswertes Gebäck geliefert werden konnte, ein Gebotenes, das von allen Behörden, vor allem von der Preisprüfungsstelle, anerkannt wurde. Wir können jetzt ein marktfreies Brot nicht mehr unter 10 Mark und marktfreie Schrippen nicht mehr unter 50 Pf. abgeben. Diese Preisentwicklung bedingt Einschränkung in der Erzeugung, was gerade die weiten Arbeiter- und Mittelstandskreise am empfindlichsten trifft. Wir bedauern diese Entwicklung auch im Interesse unserer Arbeitnehmer, die durch den Produktionsrückgang wieder im größeren Maße der Arbeitslosigkeit verfallen. Die verschiedensten Ursachen dieser abnormen Preisentwicklung mögen in mehr oder minder

starkem Maße zutreffen, jedoch geht es nicht an, für diese Mehlpreise nur die Verschlechterung der Marktverantwortung zu machen. Die Einfuhr von Mehl und Getreide ist dem Reiche vorbehalten. Nach amtlichen Erklärungen ist die Mehl- resp. Getreideeinfuhr vollständig bis zum Frühjahr gedeckt und hat seit Monaten ein ausländischer Getreideeinfuhr nicht stattgefunden. Bei dem freien Mehl handelt es sich um Inlandsware und kann somit eine Steigerung vom 20. September 1921 bis 12. November 1921 für Weizenmehl um 430 Mark und Roggenmehl um 370 Mark per Doppelzentner nicht mit Wafutaagründen allein gerechtfertigt werden. Hier liegen andere Ursachen zugrunde, die zu bekämpfen Hauptaufgabe der Regierung sein sollte, anstatt papierne Wucherforderungen zur Befriedigung des Volkes herauszugeben. Das Bäckerergewerbe weist Vorwürfe für eine Brotverteilung weit von sich und erklärt, daß bei weiterer abnormer Steigerung der Mehlpreise die Einstellung des marktfreien Gebäcks erwogen werden muß.

Die Bäckermeister gehörten noch vor kurzem zu den lautesten Rufem im Streit um die freie Wirtschaft. Jetzt geht es ihnen wie dem Goetheschen Zauberlehrling — sie werden die Geister nicht mehr los, die sie selbst gerufen haben. Es läßt sich kaum ein katastrophaleres Zeugnis für die freie Wirtschaft denken, als daß jetzt ihre eifrigsten Verfechter keinen anderen Ausweg sehen als die Rückkehr zur Zwangswirtschaft!

Magistrat und Teuerung

Die Folgen der Geldentwertung

Der Magistrat beschäftigte sich gestern eingehend mit der Bedingung für die Mehrausgaben an Gehältern, Löhnen und Materialien infolge der fortschreitenden Teuerung. Nachdem inzwischen auch die gewaltige Erhöhung des Kohlenpreises bekannt geworden ist, müssen die Wertbarie weitestgehend stärker erhöht werden, als bisher erwartet werden konnte. Es wurde beschlossen, das Gas auf 2,60 Mark, den Strompreis auf 4,50 Mark, den Wasserpreis auf 1,10 und die Straßenbahnfahrtauf 1,50 Mark zu erhöhen. Selbst diese Erhöhungen reichen nicht aus, um die Mehrausgaben der genannten Werke zu decken. Die Mehrausgaben der übrigen Verwaltungen sollen durch eine weitere Erhöhung gewisser Steuern wenigstens teilweise gedeckt werden. Dabei müssen auch Mittel für den Anteil der Stadt an den Meliorationsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge und den Bau der Nord-Südbahn aufgebracht werden. Der Magistrat beschloß, die Gewerbesteuerzuschläge in Klasse 3 auf 650 Prozent, in Klasse 2 auf 1000 Prozent und in Klasse 1 auf 1500 Prozent zu erhöhen. Für den noch verbleibenden Fehlbetrag von etwa 220 Millionen Mark muß die Hilfe des Reiches beansprucht werden. Der Magistrat wird der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung am Donnerstag eine entsprechende Vorlage zugehen lassen.

Nachdem den städtischen Arbeitern durch die Einführung des 7. Lohntarifes höhere Löhne zugesichert worden sind, sind auch die Güterarbeiter mit Lohnforderungen vorzeitig geworden. Es soll ihnen der Prozentfuß auf Lohnsteigerung zugestanden werden, der den städtischen Arbeitern zugesichert worden ist. Der Magistrat ist ferner mit den Verbandsvertretern übereingekommen, daß der sich so ergebende Betrag auf die einzelnen Arbeiterkategorien verteilt werden soll, daß den Arbeitern obzue Depulal, die der Teuerung am meisten ausgeht, in eine im Verhältnis zu den anderen Arbeitern größere Aufbesserung zuteil wird. Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte wurde die Gewährung folgender Zuschläge auf die für ausschließlich normale Arbeitsstunden gezahlten Barilöhne vom 1. September 1921 ab beschlossen: a) 0,75 Mark für Arbeiter und Handwerker, desgleichen für Erwerbslose (vollwertige Männer), b) 0,50 Mark für Deputierten (Monatslöhner, Gehrenführer, Tagelöhner, Reichswärter), c) 0,30 Mark für Jugendliche und Frauen.

Die durch obige Erhöhung sich ergebenden Mehrbeträge betreffen sich unter Zugrundelegung von 7 Monaten (d. h. vom 1. September 1921 bis 31. März 1922) auf etwa 32 Millionen Mark. Sie werden gedeckt aus Mehreinnahmen der Güter. Dabei soll weiterhin auch die Milch zum Tagespreise berechnet werden. Mit Rücksicht darauf, daß die neue Stadtverordnetenversammlung die vorliegende Vorlage erst im November verabschieden kann, ist Anweisung gegeben, die durch die Lohnsteigerung sich ergebenden Mehrbeträge ausnahmsweise schon vorzeitig zu zahlen. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zugehen lassen.

Auch gestern kam es verschiedentlich zu Hungerrevolten und Plünderungen von Geschäften so in der Gormann-

A. Wertheim Bücher u. Musikalien

Modernes Antiquariat

- Bismarck. Ein Bild seines Lebens und Wirkens von Friedrich Schiller. Mit Zeichnungen von Julius Schnitzler. 50.
Theodor Storm. Sämtl. Werke. Neue Ausgabe in 16 Bänden. Zusammen in einem Band. Elegant in Goldleinen mit Titel. 35.
Märchen und Sagen der drei Reiter. A. v. Held. Brosch. 20.
Die Renaissance. Historische Gegenstände aus der Zeit der Renaissance. 20.
Schillers Werke. Vollständige Ausgabe in 16 Bänden. 192.
Seine, Buch der Lieder. 12.
Nepers Handgelenk. 47.50

- E. L. Dauter: Die letzten Tage von Pompeji. 5.
Lehrbuch der Naturheilmethoden von Dr. med. Böhm. 46.50
Sang und Klang fürs Kinderherz. 40.
Neu-Deutschlands Dichterschlag. 35.
Friedrich Nanfen, Ostmoelchen. 30.

- Geräckers Reisechronik: 32.50
Seltene günstiges Angebot! 200 Romane
hoheliegende halbled. röhde Gute Autoren. Jeder Band, meist 100 Seiten, durchschneidlich. 32.50
Seltene Gelegenheits-Geschenke der Zeitungs-Verleger an die Abonnenten. 195.

- Ausgewählte Gedichte von Gertrud Wieland. 17.50
Gösta Berling: Selma Lagerlöf. 5.
Ettelhard von Joseph Viktor von Scheffel. 12.
H. Müller: Eigenes Leben. 5.
Georg Büchmann. Gesammelte Werke. 12.50
Die Meisterwerke der Kgl. Gemälde-Galerie. 48.
Donabarte. 11.

- Kleines Wilhelm-Dusch-Album. 30.
Henrik Ibsen. Dramatische Werke. 47.50
Emile Zolas Meisterwerke. 47.50
Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis in die Gegenwart. 75.
Schillers Gedichte. 16.50
Die Witwe der großen Armee. 11.

- Musikalischer Jugendfreund. 11.
Weihnachts-Album. 11.

- Goldener Opernschatz. 33.

- Musik-Album für Klavier. 75.

- Ein sonniger Tag. 8.80

- Stefani und Gerdas erste Tanzvergnügen. 11.
5 entzückende melodische Bälle. 8.80



Gewerkschaftliches

Erste Ausschusssitzung des IFA-Bundes

Am 16. November trat im Sitzungssaal des Industriebeamtenhauses zu Berlin die auf Grund der Reorganisation des IFA-Bundes jahungsgemäß vorgeordnete Bundesausschusssitzung zum erstenmal zusammen.

In dem folgenden Rapportbericht konnte Süß-Berlin über einen günstigen Rapportbericht berichten. Er teilte ferner mit, daß die Betriebsrätebewegung im A. D. G. B. und im IFA-Bund in Zukunft organisatorisch völlig vereinhellig werden soll.

Ueber die Fragen der Tarifpolitik erstattete Schweiher Bericht und es sollen nunmehr auf Grund der stattgefundenen Aussprache von einer weiteren Kommission die Richtlinien für eine einheitliche Tarifpolitik der IFA-Verbände aufgestellt werden.

Disziplin

Zur Haltung der Belegschaft der R. A. G. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Belegschaft der R. A. G. in Oberschöneweide gestern vormittag in einer Belegschaftsversammlung beschlossen, von einer Teilsaktion abzu sehen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

In einer Entschliessung wird ausgesprochen, daß erwartet wird, die gewerkschaftlichen Organisationen werden mit allem Nachdruck versuchen, die Kollage der Beteiligten zu beheben, den Kampf als Einzelbewegung abzugeben und sich in den Rahmen der Gesamtkaktion einzufügen.

Ein Antrag der Antonsen „Heraus aus den Gewerkschaften“ zu propagieren, fand keinen Resonanzboden.

Wir haben erst im gestrigen Abendblatt darauf hingewiesen, daß im Interesse der Berliner Arbeiterschaft es dringend zu wünschen wäre, wenn Teilsaktionen unterbleiben würden.

daran die Hoffnung, daß den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nachgegeben wird.

Betriebsräte!

Die Gruppenvollversammlungen der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale finden statt:

- Gruppe 1 (Bank und Handel), Gruppe 5 (Freie Berufe), Gruppe 12 (Glaubliche und kommunale Behörden) und Gruppe 15 (Sozialversicherung): Montag, den 21. November 1921, abends 7 Uhr, Sophienstraße, 17-18.

Die fortgesetzte Entwertung unseres Geldes, die hierdurch bedingten Preissteigerungen, sowie die daraus entstehende fortgesetzte Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten macht es notwendig, daß die Betriebsräte grundsätzlich und eingehend zu allen Fragen der Lohnpolitik, insbesondere der Lohnungsart, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten Stellung nehmen.

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Frage fordern wir sämtliche freigewerkschaftlich organisierten Kollegen auf, ihre Betriebsräte daraufhin zu kontrollieren, ob sie auch in den Gruppenvollversammlungen anwesend waren, ferner, daß sie dafür sorgen, daß ihnen die Betriebsräte in den Betriebsversammlungen eingehenden Bericht erstatten.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale f. d. Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. J. A.: Emil Barth.

Selbe Christliche

Vom Deutschen Portierverband wird uns mitgeteilt, daß die durch die bürgerliche Presse verbreitete Nachricht, wonach die Wächter des Wachschreibendienstes Groß-Berlin, Potsdamer Straße 74, aus dem Transportarbeiterverband ausgetreten wären folgende Bewandnis hat: Zwischen der Firma und dem Verband bestand bis zum 30. Dezember ein Tarifverhältnis.

Gegen den „Komba“

Ganz kürzlich, in Nr. 525 der „Freiheit“, brachten wir einen längeren Beitrag, der sich gegen den Kommunalbeamten-Bund wandte und gegen dessen Treiben Stellung nahm.

„Diese Musterbefolgsordnung, die für die einzelnen Kommunen keinerlei Zwang bedeutet, ist von der Rheinisch-Westfälischen Städtevereingung bezeichnenderweise unter alleiniger Hinzuziehung des „Komba“ aufgestellt worden.

Wenn eine solche gelbe Disputorganisation sich schon gezwungen sieht, mit dem „Komba“ unzufrieden zu sein, um so mehr haben wir alle Veranlassung, diesen Kombaleuten scharf auf die Finger zu zeigen.

Scharfmachertum. Auch im Buchdruckgewerbe treibt das Scharfmachertum die äppigsten Blüten. In Stelle der alten sozial denkenden Geschäftsinhaber und Geschäftsführer treten meist neue, „starke“ Männer, deren erste Aufgabe es vor allem ist, in großzügiger Weise neuen Schwung in den ganzen Betrieb zu bringen.

und sonstige scharfe Kontrollen einzuführen, um so weniger Bewandnis ist für die wirtschaftlichen Nöte der Arbeiter vorhanden. Dies haben auch die Maschinenleger der Großbuchdruckerei Senkel u. Cie., Teltower Straße 29, erfahren, deren Forderung auf Erhöhung ihres Lohnes, der weit unter dem üblich gezahlten liegt, brüst abgelehnt wurde, und ihnen statt dessen die Unfortarbeit auferlegt werden sollte.

Streiks in Italien

Aus Genua wird uns gedruckt: Der Generalstreik, der hier durch einen Metallarbeiterstreik ausgelöst ist, ist vollständig. Nur die lebenswichtigen Betriebe arbeiten auf Bestimmung der Streckleitung.

Aus Mailand liegen uns folgende Nachrichten vor: Die Eisenbahner in Neapel, die anlässlich der Zusammenkunft bei dem Faszienskongress in einen Sympathiestreik mit der römischen Arbeiterschaft getreten waren, begannen wirtschaftliche Streikforderungen zu stellen. Der Streik wird durchgeführt trotz der Drohung der Regierung, alle Eisenbahnbeamten, die sich an ihm beteiligen, zu entlassen.

Auch für die Provinz Venetien droht der Generalstreik, falls nicht in letzter Stunde der Generalrat der Gewerkschaften, der noch einmal Verhandlungen angeknüpft hat, zu einer Verständigung mit den Metallindustriellen kommt.

U. S. P.-Erfolge in den Gewerkschaften. Wir konnten erst im Sonnabendblatt von Erfolgen des Metallarbeiter-Verbandes aus Stuttgart berichten. — Heute liegen uns die Zahlen aus Berlin für die Delegierten zum Betriebsrätekongress der Metallarbeiter, der am 5. Dezember in Leipzig tagen soll, vor: Danach erhielten wir 32 Mandate, die S. P. D. 12, K. P. D. 6, für Parteielite entfallen 2 Mandate. — Das ist ein imponierendes Resultat.

Siemenskonzern. Am Mittwoch, den 23. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Marand, Nonnenbamm-Allee Fortsetzung der verlagten Vertrauensmännerkonferenz.

Parteiveranstaltungen

- 8. Bezirk. Die Mitgliederversammlung findet erst am Donnerstag, den 24. November, abends 7 Uhr, in der Schulstraße 37 statt. Bezirksführer müssen dazu einladen.

Sonntag, 20. November

- 1. Bezirk (Wedding). Abends 7 Uhr Kameramüllersabend in der Kule des Schiller-Caparems, Vant. Ecke Wöhrerstraße. Einladungen sind bei Krall, Urtrecht Straße 21, und an der Kasse zu holen.

Montag, 21. November

- 1. Verwaltungsbereich, 4. Bezirk (Mitte). Die Parteigenossen, die an der Besichtigung der „Freiheit“ teilnehmen, treffen sich die 1. Gruppe um 6 Uhr, die 2. Gruppe um 8 Uhr in der „Freiheit“.

Volksbekleidungs B. V. G. Gesellschaft m. b. H.

BERLIN N. 24 FRIEDRICHSTRASSE NR 110-112 Verkauf im 2. Stock / Fahrstuhlbenutzung \* Gegenüber der Karlstraße \* Kein Laden / Geöffnet von 9 1/2 bis 7 Uhr

Der enorme Andrang

hindert uns an der Erledigung der notwendigen Lagerarbeiten. Verkaufszeit daher ab 20. d. M. von 9 1/2 bis 7 Uhr

Damen-Kleidung

Winter-Mäntel in hell, sow. mittl. Farb., warme, mollige Flauschstoffe und Cheviots, kleids. Machart Mk. 625.-, 525.-, 475.- 375.-

Plissee-Röcke rein wollener Cheviot, in verschied. Machart Mk. 265.-, 190.-, 175.- 150.-

Moderne Röcke m. Stepp- u. Knopfgarnitur, marengo, blau und farbigen haltbaren Stoffen . . . Mk. 175.-, 120.-, 85.- 78.-

Seide für Ball- u. Abendkleid., Messaline und Paillette . . . Mk. 58.-, 49.- 45.-

Reinw. Kleiderstoffe doppeltbreit . . . . . von Mk. 39.- an

Damen-Wäsche

Taghemd gutes Wäschetuch, mit Stickereigarnierung Mk. 38.-

Beinkleid gutes Wäschetuch, Knieform mit breitem Stoffvolant und Langette . . . . . Mk. 35.-

Nachthemd gutes Wäschetuch, mit vierreickigem Ausschnitt und Säumchen-Garnierung . . . . . Mk. 72.-

Bett-Garnitur weiß u. bun 1 Bezug, 2 Kissen . . . . . Mk. 250.-, 227.- 183.-

Laken aus kräftigem Linon 130x200 83.-, 160x200 115.-

Herren-Kleidung

Schlüpfer und Raglans in weiten Formen, aus Flausch und neuzeitig gemusterten Cheviots, mit angewebtem Futter. . . . . Mk. 1500.- 875.- 575.-

Jackett-Anzüge neuzeitige Formen, haltbare Stoffe, gute Verarbeitung, riesige Auswahl . . . . . Mk. 1425.-, 915.-, 700.- 625.-

Knaben-Anzüge Joppenform, aus Resten gefertigt, ganz besonders preiswert, Größe . . . . . Mk. 135.-, 100.- 60.-

Moderne Anzugstoffe 140 cm breit Mk. 325.-, 247.-, 140.- 105.-

